



Interviews

Datum: 17. November 2024

Frank Capellan im Gespräch Matthias Miersch, SPD-Generalsekretär

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Capellan: Das Interview der Woche, am Mikrofon ist heute Frank Capellan. Mir gegenüber sitzt der SPD-Generalsekretär, Matthias Miersch, herzlich willkommen.

Miersch: Ich grüße Sie, Herr Capellan.

Capellan: Herr Miersch, Sie sind relativ überraschend Generalsekretär geworden, Nachfolger von Kevin Kühnert. Am 07. Oktober war das. Sie dürften da geahnt haben, was auf Sie zukommt mit Blick auf den Wahlkampf, den Sie organisieren müssen. Aber dass es so schnell gehen würde, haben Sie wahrscheinlich nicht erwartet. Oder wann haben Sie mit dem Bruch der Ampel gerechnet?

Miersch: Nein, also, als Erstes war ich überrascht, dass ich natürlich überhaupt dieses Amt angetragen bekommen habe. Das war die erste große Umstellung bei mir. Und als sich das zuspitzte dann am Dienstag, Mittwoch vergangener Woche, da war mir zumindest klar, dass das schwierig werden könnte. Und spätestens dann am Mittwoch war mir klar, jetzt müssen wir umstimmen.

Capellan: Und dann haben wir einen Bundeskanzler erlebt, wie wir ihn eigentlich überhaupt nicht kannten bisher, der gnadenlos mit Christian Lindner, mit seinem Finanzminister, abgerechnet hat. Viele haben im Nachhinein auch gesagt, das war eines Kanzlers nicht würdig im Tonfall. Und direkt danach ist er in die Fraktion gegangen. Und ich persönlich war auch überrascht, dass da stehend applaudiert wurde. Sie waren auch dabei, nehme ich an, haben auch applaudiert. Warum? Was gab es da zu feiern? Da war gerade eine sozialdemokratisch geführte Regierung zerplatzt.

Miersch: Ja, aber trotzdem, wir haben ja spätestens, glaube ich, nach dem Haushaltsurteil des Bundesverfassungsgerichtes gesehen, wie schwer es in der Ampel gewesen ist. Ich habe in meinen Fachbereichen immer gut auch mit den Kollegen der FDP und Grünen zusammengearbeitet. Aber die Finanzfrage, die war eigentlich das Damoklesschwert, was schwebte. Und dann waren die letzten Wochen ja doch nur schwer zu ertragen, dass Christian Lindner praktisch ein Papier vorlegt, was mehr oder weniger FDP-Parteiprogramm ist, sein Alternativgipfel zum

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

Kanzlergipfel, das waren alles Provokationen. Auch Olaf Scholz ist nur ein Mensch. Und man hat ihm ja in all den Jahren davor vorgeworfen, dass er eigentlich zu ruhig agiert, zu viel moderiert. Und dass irgendwann mal, wenn ich so viel Vertrauen über all die Jahre jemandem entgegenbringe und dann aber ein Eindruck entsteht, dass erstens null Verhandlungsbereitschaft, null Kompromissbereitschaft besteht, im Gegenteil, dann noch in der entscheidenden Sitzung eine Indiskretion passiert, dann kann ich mir einfach auch selbst schon vorstellen, dass vieles, was aufgestaut ist, dann auch menschlich einfach mal raus muss.

Capellan: Also, möglicherweise haben sich viele das früher auch schon gewünscht, dass er mal derart auf den Putz haut?

Miersch: Absolut. Und wir haben auch an vielen Stellen ja immer wieder gesagt, wir brauchen die klare SPD-Handschrift. Die musst du auch sehr klar darstellen. Da war er immer in staatspolitischer Verantwortung. Er wollte diese Ampel auch immer zusammenhalten. Leider kommt das ja nicht raus. Wäre nicht möglich gewesen ohne Olaf Scholz, der diese Pole immer wieder zusammengehalten hat.

Capellan: Sie haben eben die Indiskretion angesprochen von Christian Lindner. Da ging es ja darum, er hatte vorgeschlagen, Neuwahlen geordnet herbeizuführen. Geordnet hat er so immer gesagt. Das ganze Kabinett zieht sich zurück, tritt zurück. Aber bis dahin hätte man als Ampel noch weiterregiert. Wäre das nicht vielleicht doch besser gewesen, um da noch diese Dinge, die man jetzt auf den letzten Metern mit Hilfe der Union auf den Weg bringen muss, um die doch noch in der Ampel durchzubringen?

Miersch: Das glaube ich nicht. Das wäre eine Pseudoeinigung gewesen. Bei den Kernthemen lagen wir ja weit auseinander. Und gerade die Frage Haushalt und die Frage Ukraine-Hilfe, da ließ sich keine Vereinbarung herstellen. Und insofern sind die Neuwahlen angekündigt. Aber wir sehen ja zum Beispiel gerade beim 49-Euro-Ticket es geht auch, dass man jenseits einer Minderheitsregierung im Parlament Mehrheiten sucht. Und das halte ich für zielführender als eine Pseudoeinigung mit einem Bundesfinanzminister, der am Ende aus der Koalition raus wollte.

Capellan: Friedrich Merz hat im Bundestag in dieser Woche gesagt: Wir brauchen ganz klare Verabredungen darüber, was geht zwischen SPD, Grünen und der Union. Wir müssen uns vorher einig werden, was wir noch durchsetzen wollen. Und wir müssen ganz klar festlegen, dass auf keinen Fall die AfD irgendwie stimmentscheidend sein kann. Gehen Sie da mit?

Miersch: Absolut. Die AfD darf nie Zünglein an der Waage sein. Deswegen braucht es auch diese Gespräche vorweg. Und ich bin sehr, sehr froh. Es gibt diese

Dialogbereitschaft. Und wir haben noch die Dinge wie beispielsweise kalte Progression, Kindergelderhöhung, aber auch die Frage: Gibt es noch Wirtschaftshilfen? Ich hoffe, dass da also in den verbleibenden Wochen noch was passiert.

Capellan: Kommen wir gleich noch mal drauf. Aber zu verhindern, dass die AfD irgendwo mitgeht, bedeutet doch in der Migrationspolitik, dass man in solchen Fragen, die man ja eigentlich auch aus dem Wahlkampf raushalten wollte, nichts mehr wird erreichen können, weil da die Gefahr besteht, dass die AfD mitgeht und vielleicht entscheidend ist am Ende.

Miersch: Also, es gibt ja das Sicherheitspaket, was jetzt im Bundesrat liegt. Und möglicherweise kann man dort noch in irgendeiner Form eine Vereinbarung treffen. Ob der Vermittlungsausschuss angerufen wird in dieser Kürze der Zeit, das muss man jetzt sehen. Eine Möglichkeit besteht auch, dass man möglicherweise einzelne Gesetze, die nicht zustimmungspflichtig sind, noch zur Abstimmung stellt aus dem Paket. Das müssen wir jetzt eruieren. Das sind im Moment Fragen, die natürlich zwischen den parlamentarischen Geschäftsführern auch geklärt werden müssen.

Capellan: Aber werden Sie denn mit aller Kraft versuchen – und Friedrich Merz hatte das ja auch mal angedeutet – dieses Thema aus dem Wahlkampf herauszuhalten? Denn viele befürchten ja nach dem ganzen Chaos, was wir jetzt beim Zerbrechen der Ampel und danach auch erlebt haben, wird das die Ränder stärken – BSW und AfD. Und wenn man einen reinen Wirtschaftswahlkampf führen würde, dann wäre die Gefahr möglicherweise nicht so groß.

Miersch: Ich würde mir das wünschen. Allerdings entnehme ich im Moment auch dem Agieren von einigen in der CDU/CSU, dass sie dieses Thema weiter spielen wollen. Ich kann davon nur abraten.

Capellan: Kommen wir dann auf das, was möglicherweise noch durchgebracht werden könnte. Kalte Progression. Die Leute sollen mehr im Portemonnaie haben zum 01. Januar. Da sagt die Union, ja, das können wir auch später noch machen, denn das würde bei Olaf Scholz im Wahlkampf einzahlen. Also, der Vorwurf steht dahinter, aus wahltaktischen Überlegungen zu sagen, wir müssen das jetzt machen. Man müsste es ja nicht sofort machen.

Miersch: Man muss es nicht sofort machen, aber diese Argumentation kann ich ehrlicherweise nicht ganz nachvollziehen. Man kann es ja auch drehen. Wenn die CDU/CSU jetzt nicht zustimmen, weil man in irgendeiner Form jetzt in diesem Parlament kein Signal setzen will, dass man für die arbeitende Mitte da ist, dann verstehe ich ehrlicherweise diese Taktik nicht.

Capellan: Ist das das Kalkül von Olaf Scholz – das war ihm ja auch vorgehalten worden –, dass er deswegen die Vertrauensfrage erst im Januar stellen wollte, um Zeit zu gewinnen, um möglicherweise Friedrich Merz vorzuführen, wenn der nämlich zu wichtigen Dingen, die ja eigentlich die Union auch mittragen wollte, nein sagen würde?

Miersch: Nein, überhaupt nicht, denn das sind ja nicht die Dinge – so verstehe ich jedenfalls CDU/CSU – die strittig unter uns sind. Wenn wir uns einige sind über die Parteigrenzen hinweg, dass diese kalte Progression abgeschafft werden soll, dass die Leute, wenn sie mehr verdienen, tatsächlich das auch behalten können, dann ist das doch im Sinne der Bevölkerung. Und wir haben im Wahlkampf dann noch genug Themen, über die wir uns streiten können.

Capellan: Zum Beispiel die Rente.

Miersch: Auch die Rente. Das war eine stille Hoffnung von mir. Merz hat ja beim Deutschlandtag der Jungen Union gesagt, also er sei nicht für die Rentenpolitik der SPD, aber das dürfe man der SPD nicht im Wahlkampf überlassen.

Capellan: Ist doch ein gutes Thema für Sie.

Miersch: Deswegen habe ich erst mal gesagt, auch da wäre ich bereit, das Rentenniveau zu sichern, so, wie wir es jetzt im Paket vorgesehen hatten. Aber da scheint die CDU/CSU jetzt nicht mehr mitgehen zu wollen. Dann müssen wir eben auch über dieses Thema im Wahlkampf sprechen. Wollen wir hier ein Rentenniveau festschreiben? Oder soll es das Risiko geben, dass Renten faktisch dann sinken? Und insofern sage ich, das scheint dann wirklich ein Thema zu sein.

Capellan: Aber wie wichtig ist der Nachtragshaushalt 2024, um zu verhindern, dass über eine vorläufige Haushaltsführung möglicherweise auch eine Haushaltssperre drohen könnte?

Miersch: Das hängt von mehreren Faktoren ab. Ich würde mir wünschen, dass wir auch über den Nachtragshaushalt uns noch verständigen. Allerdings prüft der Bundesfinanzminister augenblicklich, wie die Haushaltsmittel aufgestellt sind, ob es Haushaltsreste gibt. Und insofern kann es Möglichkeiten auch geben, hier noch Übertragungen vorzunehmen, sodass es nicht zu einer Haushaltssperre kommt, sondern die vorläufige Haushaltsführung durchaus geordnet weiterlaufen kann.

Capellan: Auch ohne Nachtragshaushalt?

Miersch: Auch ohne Nachtragshaushalt. Das ist im Moment alles in der Prüfung.

Capellan: Die Schuldenbremse, da gibt es aktuell Äußerungen von Friedrich Merz, dass man darüber reden könne. Wie werten Sie das?

Miersch: Also, da bin ich ehrlicherweise noch nicht schlau genug. Denn Friedrich Merz hat ja immer gesagt, es geht nicht, dass wir auf Bundesebene was verändern. Dann hat er bei der Süddeutschen jetzt vorgestern gesagt, doch, man könne wohl darüber reden. Und Carsten Linnemann hat mir gestern gesagt: Nein, auf Bundesebene wird nicht an die Schuldenregel gegangen. Insofern habe ich den Eindruck, dass die CDU mit sich da erst mal Dinge klären muss. Das ist eine ganz wichtige Frage. Jede Regierung wird in Zukunft an dieser Frage zu knabbern haben. Das haben wir jetzt gesehen nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes und all den Aufgaben, die vor uns liegen. Wir haben die Forderungen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, des Deutschen Gewerkschaftsbundes, dass wir massiv investieren müssen. Die Wirtschaftsweisen haben sich dergestalt geäußert. Insofern wünsche ich mir, dass da wirklich die CDU, vor allen Dingen Herr Merz, sich bewegt, denn die Ministerpräsidenten sind da an einer Stelle schon viel, viel weiter. Ich fürchte allerdings, er will das nicht. Und deswegen ist diese Äußerung bei der Süddeutschen augenblicklich wieder eingefangen. Ich weiß nicht, was ihn dazu bewogen hat. Am Ende ist das eine zentrale Frage. Und wir brauchen für diese Änderung eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag und Bundesrat. Ob wir die nach der Wahl haben, ist fraglich.

Capellan: Wir müssen ja nicht nur grundsätzlich über die Schuldenbremse reden. Man könnte auch reden oder es wird gesprochen über ein Sondervermögen Bundeswehr, wo ja auch – der Vizekanzler, Robert Habeck, hat das vor einer Woche hier im Deutschlandfunk gesagt – wo die Gefahr bestehen könnte, dass man nach der Wahl wegen der Sperrminorität von AfD und BSW dafür keine Mehrheit mehr bekommen würde.

Miersch: Absolut. Auch das Sondervermögen braucht eine Zweidrittelmehrheit. Es geht nicht nur um die Bundeswehr, sondern man kann sich auch vorstellen, Sondervermögen zu anderen Zwecken zu bilden. Aber immer wieder ...

Capellan: Ukraine-Hilfen.

Miersch: Die Ukraine-Hilfen, da, glaube ich, haben wir den Notlagenbeschluss. Das ist noch mal wieder was anderes. Daneben stellen sich aber Fragen in der Einrichtung von Sondervermögen. Man kann zum Beispiel im Bereich Wirtschaftshilfen, Transformation sich so etwas vorstellen. Aber immer wieder braucht man eine Zweidrittelmehrheit. Und daran scheitert es augenblicklich, weil die CDU/CSU dazu nicht bereit war, mit Ausnahme der Bundeswehr.

Capellan: Olaf Scholz wird nun die Vertrauensfrage am 16. Dezember stellen im Bundestag. Wird er das mit einer Sachfrage verbinden? Muss er das tun?

Miersch: Das muss er nicht tun. Und insofern ist das jetzt seine Entscheidung.

Capellan: Würden Sie ihm dazu raten?

Miersch: Ich glaube, dass eine Verbindung mit einer Sachfrage durchaus angemessen ist.

Capellan: Was könnte das sein?

Miersch: Will ich mich jetzt noch nicht festlegen. Aber das sind, glaube ich, Dinge, wo man sehr deutlich machen kann, es geht eben auch um verschiedene Politikansätze. Und dafür hat er augenblicklich dann nicht die Mehrheit.

Capellan: Die AfD ist ja in gewissen Teilen unberechenbar. Da besteht ja auch die Gefahr, dass die plötzlich für den Kanzler stimmen?

Miersch: Deswegen würde ich sehr, sehr aufpassen, welche Frage dann tatsächlich da besteht. Dass sie für den Kanzler stimmen, das kann ich mir eigentlich bei der AfD nicht vorstellen. Ansonsten würden sie ja völlig unglaubwürdig werden.

Capellan: Die Frage stellt sich, ob Olaf Scholz noch das Vertrauen der eigenen Leute hat. Rolf Mützenich, der SPD-Fraktionsvorsitzende, hat da gesagt: Ich spüre da sehr wohl ein Grummeln in der Partei. Sie spüren das auch?

Miersch: Ja, selbstverständlich. Das ist ja auch nicht anders zu erwarten – die Umfragen etc. Dennoch sind Rolf Mützenich und ich, und Lars Klingbeil und andere, fest davon überzeugt, im Übrigen auch Boris Pistorius, dass wir hier einen Kanzler haben, der dieses Land in stürmischen Zeiten sicher geführt hat, besonnen auch geführt hat und dass er auch der nächste Kanzlerkandidat ist.

Capellan: Ich erinnere mich daran, wie zum Beispiel Andrea Nahles regelrecht weggemobbt worden ist. Da entwickeln sich ja manchmal Dynamiken, auch in Ihrer Partei, die man vorher einfangen müsste. Es gibt nicht einmal einen Nominierungsbeschluss des Parteivorstandes, zu sagen, das ist unser Kanzlerkandidat. Warum nicht? Also, wie wollen Sie diese Gefahr einfangen?

Miersch: Das war auch immer so angelegt. Denn wir haben einen Kanzler. Anders als in anderen Parteien, brauchten wir keinen Kandidaten zu suchen. Und insofern gehe ich davon aus, dass wir das alles geordnet auch in dieser Partei durchbringen. Und insofern werden wir das geordnet bringen und uns nicht treiben lassen.

Capellan: Boris Pistorius, unter den 20 beliebtesten deutschen Politikern liegt er auf Platz eins, Olaf Scholz auf Platz 19. Ich glaube, Sie sind selbst Fußballer, waren mal Schiedsrichter. Richtig?

Miersch: Richtig.

Capellan: Da drängt sich die Parallele auf. Im Fußball wäre der Trainer längst ausgewechselt worden. Warum setzt die SPD nicht auf den Mann, der die besten Chancen hat offenbar?

Miersch: Auch im Fußball zeigt sich ja manchmal, dass auch der Trainerwechsel nicht einfach so was bringt, sondern dass vielleicht das eine oder andere im Spiel durchgehalten werden sollte. Und ich bin mir sehr, sehr sicher, dass wenn die Fokussierung auf die Kandidaten erfolgt, ein 69-jähriger Oppositionsführer, der noch nie Regierungserfahrung gesammelt hat, gegen jemanden, der tatsächlich in einer ganz schwierigen Situation dreieinhalb Jahre oder drei Jahre eine Regierung geführt hat, sehr besonnen, sehr darauf geachtet hat, dass wir zum Beispiel in diesem Ukraine-Konflikt nicht Kriegspartei werden, dass die Menschen dann sehr genau gucken: Wem wollen wir dieses Land anvertrauen? Und da bin ich mir sehr sicher, dass wir mit Olaf Scholz auch gute Chancen haben.

Capellan: Sie haben in einem Interview gesagt auf die Frage hin, wäre Pistorius ein guter Kanzler: ja. Haben Sie das bereut?

Miersch: Nein, weil Frau Maischberger mir die Aufgabe gestellt hatte, diese Frage nur mit ja und nein zu beantworten. Ich habe allerdings dann auch im Nachhinein gesagt, wir haben aber einen Kanzler, deswegen stellt sich diese Frage nicht. Das ist natürlich dann wieder in typischer Form des Berliner Journalismus, dass man hier verkürzt.

Capellan: Vielleicht wäre er gar nicht so gut, weil Sie ja auch gesagt haben, Sie wollen auf einen Wahlkampf in der Wirtschaftspolitik hinaus. Er kommt ja auch in den eigenen Reihen – das wäre ja nicht unbedingt sein Themenfeld, aber er kommt in den eigenen Reihen auch nicht so gut an, weil er von Kriegstüchtigkeit gesprochen hat. Er will die Ukraine weiter mit Waffen unterstützen. Wäre das auch ein Risiko, mit ihm ins Rennen zu gehen?

Miersch: Also, da will ich mich jetzt gar nicht zu verhalten. Nur, dass er hinter dem Kurs des Kanzlers steht, dass wir ja die Ukraine selbstverständlich weiter unterstützen, dass wir auch weiter Waffen liefern, aber dass wir immer aufpassen, wann droht eine Eskalation, wann kann es sein, dass Deutschland Kriegspartei wird, diese ganzen Fragen teilt Boris Pistorius mit dem Kanzler zusammen. Und insofern sehe ich da überhaupt keinen Widerspruch.

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

Capellan: Sie haben auch gesagt: Ich bin kein Ja-Sager, ich nicke nicht alles ab, was Olaf Scholz da macht und von mir verlangt. Könnten Sie sich vorstellen, doch noch in eine Situation zu kommen, wo Sie sagen, gemeinsam mit Lars Klingbeil und Saskia Esken möglicherweise: Olaf, du musst einsehen, es hat keinen Sinn mehr?

Miersch: Nein. Das glaube ich nicht, dass es so eine Situation geben kann. Und das habe ich auch, dass ich kein Ja-Sager bin, auch überhaupt nicht auf Olaf Scholz nur bezogen, sondern generell auch auf die Parteiführung.

Capellan: Also, da stehen Sie ohne Wenn und Aber zu ihm?

Miersch: In dieser Frage absolut.

Capellan: Am 11. Januar auf dem Parteitag wird er dann nominiert per Akklamation?

Miersch: Wir brauchen das satzungsrechtlich nicht, sondern die Parteigremien sind vorher das Juristische sozusagen. Aber selbstverständlich werden wir den Kanzlerkandidaten dann auch nominieren beim Bundesparteitag.

Capellan: Aber vor eine Abstimmung hätten Sie Angst?

Miersch: Nein.

Capellan: Aber die wird es nicht geben?

Miersch: Doch, natürlich. Also, ich habe ja gesagt, wir werden die Nominierung auch beim Bundesparteitag aussprechen, aber vorher wird es Präsidiums- und Parteivorstandsbeschlüsse geben. Juristisch bräuchten wir keinen Parteitag, aber genau, um diese Transparenz herzustellen, haben wir uns auch entschieden, anders als andere Parteien, doch in der Kürze der Zeit einen Bundesparteitag durchzuführen, weil wir auch das Programm vor allen Dingen dort auch verabschieden wollen.

Capellan: Also, wir können hier in diesem Interview festhalten, die Kanzlerkandidatur könnte sich allein Olaf Scholz selbst noch nehmen, wenn er sagen würde, ich ziehe mich zurück? Ansonsten sehen Sie da keine Gefahr durch Druck von außen aus der Partei?

Miersch: So sehe ich diese Lage, ja.

Capellan: Das Interview der Woche im Deutschlandfunk heute mit dem SPD-Generalsekretär Matthias Miersch. Herr Miersch, wir haben gerade schon ein wenig über die Ukraine gesprochen. Der Kanzler hat am vergangenen Sonntag in der ARD gesagt: Ich werde bald mit Putin telefonieren. Ich werde mich vorher mit den Partnern, mit den Amerikanern aber absprechen. Da mache ich keinen Alleingang.

Jetzt hat er mit dem russischen Präsidenten gesprochen. Welchen Sinn macht ein solcher Dialog jetzt, da Russland doch auf dem Vormarsch ist, die Schwäche des Westens erkennt und eigentlich doch kaum an Friedensgesprächen interessiert sein könnte?

Miersch: Ich kenne den Inhalt der Gespräche augenblicklich nicht. Ich weiß aber, dass Olaf Scholz ja in all den Jahren vorher auch sehr sorgfältig abgewogen hat, gerade in enger Abstimmung auch mit den Partnern, wann, welche diplomatischen Möglichkeiten sich eröffnen. Und insofern will ich mich hier auch nicht weiter äußern, sondern glaube, dass wir voll in die Kraft des Kanzlers vertrauen können, was er dann in welchen Gesprächen, wie zur Sprache bringt.

Capellan: Feststeht, Olaf Scholz möchte sich gerne als Friedenskanzler profilieren. Er möchte eine Friedenskonferenz unter Beteiligung Russlands auf den Weg bringen. Das hat, dieses Thema, im Europawahlkampf nicht verfangen. Warum sollte das jetzt gelingen?

Miersch: Ich glaube auch nicht, dass man damit Wahlkampf machen kann und sollte, sondern es ist hier ja eine Frage, die die internationale Ordnung bedroht. Und dass alle ein Interesse haben müssen, dass wir in irgendeiner Form hier diplomatisch auch weiterkommen, ist unstrittig.

Capellan: Pardon, aber es war doch ein zentrales Thema bei den Landtagswahlen im Osten der Republik, ein entscheidendes Thema – Krieg und Frieden. Bis hin in die Koalitionsverhandlungen zieht sich das jetzt, dass das BSW da Forderungen stellt an die SPD.

Miersch: Ja, aber es ist eine Selbstverständlichkeit, dass wir ja alle auch über die Parteigrenzen hinweg gucken, wie wir international und wie wir national dort aufgestellt sind. Und dass hier ein Kanzler in enger Abstimmung mit den Verbündeten, mit der Europäischen Union, auch mit Präsident Biden, die Dinge auslotet und versucht, das ist für mich eine Selbstverständlichkeit und nicht jetzt in irgendeiner Form Parteitaktik.

Capellan: Die Amerikaner werden unter Donald Trump wohl die milliarden schwere Unterstützung für die Ukraine einstellen. Trump hat angekündigt, den Krieg innerhalb eines Tages beenden zu können. Da fürchten alle auch Gebietsabtretungen an Russland. Was bedeutet das für Deutschland?

Miersch: Wir haben ihm ja immer deutlich gemacht, der Kanzler, dass es keinen Diktatfrieden geben kann. Und insofern kann es sein – und deswegen bin ich umso enttäuscht über Christian Lindner. Spätestens nach der Wahl von Trump muss ihm auch klar gewesen sein, dass unsere Aufwendungen zur Unterstützung der Ukraine

im Zweifel steigen werden. Umso wichtiger wäre es gewesen, hier diesen Notlagenbeschluss zu finden und zu treffen. Dazu war er nicht bereit. Aber ganz klar ist, dass wir noch viel, viel stärker jedenfalls in der Europäischen Union jetzt zusammenarbeiten müssen. Deutschland und die Europäer werden allerdings die Milliardensummen, die da gegeben worden sind von den Amerikanern, nicht ersetzen können. Also, wenn es nicht mit Geld geht, müsste es dann nicht mit anderen Waffen gehen? Stichwort Marschflugkörper, Taurus. Oder auch die Frage, die zu beantworten ist: Darf man mit westlichen Waffen russisches Territorium angreifen? Bisher sagt der Kanzler nein.

Capellan: Die Europäer haben ja jetzt gerade ein großes Hilfspaket von 50 Milliarden geschnürt. Das wird wahrscheinlich dann nicht ausreichen, aber es sind finanzielle Mittel da. Und was die Waffenlieferung angeht, bleibt es eben bei dem Kurs, den Olaf Scholz über all die Jahre gefahren hat. Er wägt bei jeder Waffenlieferung sehr, sehr sorgfältig ab. Und man muss aufpassen, dass wir hier tatsächlich nicht weiter zur Eskalation beitragen und letztlich Kriegspartei werden. Und insofern wird dieser Kurs der Besonnenheit auch fortgesetzt. Ich habe das Bündnis Sahra Wagenknecht gerade schon angesprochen. Die Brandenburger SPD etwa will einen Koalitionsvertrag unterzeichnen, in dem die Stationierung von Mittelstreckenraketen kritisch gesehen wird und in dem gefordert wird, der Krieg kann nicht allein durch Waffenlieferungen beendet werden. Wie lange wollen Sie da zuschauen, dass sich die SPD treiben lässt vom BSW?

Miersch: Also, ich sehe das überhaupt nicht, dass wir uns da treiben lassen. Dass auch die Raketenstationierung in einigen Teilen Deutschlands kritisch gesehen wird, ist eine Situationsbeschreibung.

Capellan: Aber gehört doch nicht in einen Vertrag über ein Landeskabinett.

Miersch: Darüber habe ich nicht zu entscheiden, sondern das ist die Entscheidung auch der Brandenburger SPD mit einem Partner, der die Dinge völlig anders sieht. Hier wird sich nicht gegen die Raketenstationierung ausgesprochen. Und insofern ist das durchaus kompatibel.

Capellan: Herr Miersch, ich kann Ihnen die Frage nach Gerhard Schröder in dem Kontext auch nicht ersparen. Da hatten Sie gesagt, Sie wünschten sich ein differenziertes Bild über den Altkanzler. Ihr Vorgänger, Kevin Kühnert, hatte eigentlich mit ihm gebrochen, wurde dann auch beschimpft von Schröder als „armer Wicht“. Der Eindruck drängt sich auf, als wolle die SPD ihre Russlandpolitik doch wieder relativieren, gerade vor dem Hintergrund dessen, was ich da gerade thematisiert habe. AfD, BSW sind den Sozialdemokraten im Osten im Nacken. Und

ein Gerhard Schröder mit seiner russlandfreundlichen Haltung kommt da immer noch gut an.

Miersch: Nein, überhaupt nicht. Und das enttäuscht mich auch, wie bestimmte Äußerungen völlig undifferenziert in den Raum gestellt werden. Ich habe immer deutlich gemacht, dass ich seine Russlandpolitik, seine Putin-Ansicht überhaupt nicht teile.

Capellan: Hat er der Partei geschadet?

Miersch: Der Partei hat er insofern mit dieser Haltung, glaube ich, geschadet. Aber wir haben ja deutlich in diesen Schiedsgerichten gesehen, dass die Schiedsgerichte gesagt haben, das führt nicht dazu, dass er ausgeschlossen werden kann.

Capellan: Das ist die juristische Sicht der Dinge. Sie sind Jurist.

Miersch: Wir sind in einem Rechtsstaat. Und ich habe Jura studiert und bin durch und durch Jurist. Und ich finde es teilweise wirklich befremdlich, wie über solche Entscheidungen auch hinweggegangen wird.

Capellan: Herr Miersch, Sie sind Umwelt- und Klimapolitiker von Hause aus und die Klimapolitik hat längst nicht mehr den Stellenwert, den sie vor Jahren noch hatte. Das 1,5-Grad-Ziel ist nicht mehr zu halten. Selbst zwei Grad Erderwärmung zu verhindern, ist äußerst ambitioniert. Der Kanzler fährt nicht zur Klimakonferenz nach Baku. Warum ist das so schnell in Vergessenheit geraten? Unter dem Druck der Klimaleugner, der Rechtspopulisten? Ist das der Grund?

Miersch: Das glaube ich nicht. Ich mache Klima- und Energiepolitik ja seit über 20 Jahren jetzt. Und das Grundproblem ist, dass viele Leute für Klimaschutz sind, dass sie dann aber, wenn sie sehen, das wird konkret, dann plötzlich Sorgen haben. Und deswegen müssen wir sorgfältig mit den unterschiedlichen Interessen umgehen. Beim Kohleausstieg ist uns das beispielsweise dadurch gelungen, dass wir eine Kohlekommission hatten mit den unterschiedlichen Interessensgruppen. Nur so gehen diese Dinge. Und dass dann natürlich durch die weltweiten Krisen andere Dinge in den Mittelpunkt kommen, das ist so. Wobei die Klimakrise ist eben die entscheidende Krise. Und da können wir mit der Natur nicht verhandeln. Und insofern werde ich auch alles tun, dass dieses Thema weiter absolut bearbeitet wird.

Capellan: Sie sagen immer, das muss sozial gerecht erfolgen. Wenn wir uns das anschauen, die Preise für Öl und Gas werden steigen. Die CO₂-Bepreisung generiert Einnahmen für den Klimatransformationsfonds. Und damit werden dann auch Großkonzerne subventioniert, die Stahlindustrie beispielsweise, um zur Klimaneutralität zu kommen. Ist das sozial gerecht?

Miersch: Nein. Sie machen eine Gleichung, die so nicht stimmt. Die Einnahmen der CO2-Bepreisung gehen augenblicklich in die Abschaffung der EEG-Umlage, die alle Bürgerinnen und Bürger sonst hätten zahlen müssen. Da geht das 1:1 nahezu rein. Und insofern ist das etwas, was man durchaus auch sozial adäquat nennen kann. Bei der CO2-Bepreisung wird es einen großen Streit auch im Rahmen der Bundestagswahl geben. Denn die CDU/CSU setzt auf einen Emissionshandel, auf einen noch höheren CO2-Preis und will genau an dieser Stelle zum Beispiel das Heizungsgesetz aufweichen. Wenn darüber Klimaschutz betrieben wird, über den Preis, dann wird das dazu führen, dass weite Teile der Mittelschicht dann sich heizen nicht mehr leisten können oder auch Mobilität. Deswegen sage ich, wir brauchen Ordnungsrecht, auch moderate Preissignale, aber wir brauchen vor allen Dingen die Förderung für die vielen.

Capellan: Aber Sie haben den Bürgern auch vor der letzten Wahl ein Klimageld versprochen, um das auszugleichen, was an höheren Preisen auf die Bürger zukommt, gerade auf die Sozialschwachen. Da ist nichts draus geworden.

Miersch: Man wird mit dem Klimageld zum Beispiel niemals eine neue Heizung sich kaufen können. Deswegen sind die Förderprogramme dann eben umso wichtiger.

Capellan: Also, das kommt nicht ins Wahlprogramm der SPD?

Miersch: Das Klimageld als ein Signal wird garantiert da drin sein. Nur, die eierlegende Wollmilchsau werden wir damit nicht darstellen.

Capellan: Förderprogramme für E-Autos beispielsweise, Kaufprämien?

Miersch: Förderprogramme absolut, solche Förderinstrumente werden wir adressieren.

Capellan: Wann werden die ersten Wahlplakate hängen?

Miersch: Das ist nicht trivial, aber ich gehe davon aus, dass das Anfang des Jahres der Fall sein wird.

Capellan: Mit Olaf Scholz drauf?

Miersch: Mit Olaf Scholz drauf.

Capellan: Danke für den Besuch im Studio, Matthias Miersch.

Miersch: Ich danke Ihnen.

